

1. Eröffnung und Begrüßung

- Um 18.15 h – Eröffnung des Parteitags durch die UB-Vorsitzende Karin Kortmann
- Begrüßungsrede der Vorsitzenden
- Begrüßung der Gäste (Betriebsräte, Gewerkschaftsvertreter u.a.) durch die Vorsitzende
- Glückwunsch an Petra Kammerevert zu Platz 14 auf der Kandidatenliste für die Europawahl 2009 (Europadelegiertenkonferenz am 08.12.08 im Berlin)
- Glückwunsch an Inge Steinebach zu ihrem 75. Geburtstag

2. Wahl der Versammlungsleitung

- Leitung: Dirk Jehle
- Stellv. Leitung: Rudi Halberstadt  
Beate Sieweke
- Schriftführung: Claudia Bednarski
- Stellv. Schriftführung: Harald Walter

Beschluss: 1-stimmig

3. Mandatsprüfung und Zählkommission

- OV Flingern: Wilma Scherf
- OV Freiheit: Hans-Peter Fußhoven
- OV Freilichtbühne: RT Krüger
- OV Friedrichstadt: Uwe Zappel
- OV Garath-Hellerhof: Birthe Hülsen

Beschluss: 1-stimmig

4. Antragskommission

- Rainer Millauer (Sprecher)
- Heinrich Taupe
- Carsten Suhr
- Peter Kreutler

Beschluss: 1-stimmig

5. Guntram Schneider, Vorsitzender des DGB-Bezirks NRW

Glückwunsch an Guntram Schneider zu seiner Nominierung als Bundestagskandidat in Bielefeld

Stichpunkte zur Rede von Guntram Schneider:

- Zukunft der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und der anderen gemeinsam gestalten

- In den Wahlkämpfen 2009 Antworten auf die Fragen der Menschen zu Konjunktur- und Finanzkrise geben
- Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen
- Soziale Sicherheit unter veränderten ökonomischen Voraussetzungen garantieren
- Falsche, naive Formel: „privat vor Staat“ = Basis der Landespolitik in NRW
- Marktradikale Ideologie ist widerlegt
- Godesberger Programm aktuell: soviel Markt wie möglich, soviel Staat wie nötig
- Forderung einer internationalen Neuordnung der Finanzmärkte
- TÜV für Finanzprodukte, Finanzmarkt kontrollieren, Leitplanken schaffen
- Finanzschirm der Bundesregierung = gute Maßnahme (Lob an Peer Steinbrück)
- Internationale Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen erhalten
- Spekulanten das Handwerk legen
- Leiharbeit neu ordnen, Missbrauch verhindern
- Grundsatz: „gleiche Arbeit, gleiches Einkommen“
- Gesetzlichen Mindestlohn ganz nach vorn in die sozialpolitischen Forderungen stellen
- Unbefristete Arbeitsverhältnisse als Regel, nicht als Ausnahme
- „Vollbeschäftigung ist möglich“
- Krisenbewältigung und Klima- und Umweltschutz können neue Arbeitsplätze schaffen
- Ökologisches Handeln!
- 500 Mrd. € für Schutzschirm in der Finanzkrise kurzfristig bereitgestellt -> Schutzschirm für Beschäftigung muss möglich sein
- Sinnvolle Investitionen in Umwelt, Bildung und Infrastruktur notwendig -> Aufträge für Mittelstand und Handwerk
- Vermögenssteuer problematisieren
- Umverteilungspolitik, um dem Auseinanderdriften von arm und reich zu begegnen
- Neuer verzinsten Lastenausgleich zur Finanzierung von Investitionen
- Steuersenkungsdiskussion der CDU ist interessenbezogen
- Entfernungspauschale: unabhängig von Steuerschuld wäre sozialdemokratisch
- Bildungspolitische Forderungen: niemand ohne Schulabschluss, kein Abschulen, kein Sitzenbleiben
- Gegliedertes Schulsystem hat ausgedient, integratives Schulsystem notwendig
- Gemeinschaftsschule = richtiger (Zwischen-)Schritt auf dem Weg zum integrativen System
- „Gebührenfreie Bildung“ von Kindertagesstätte bis Studium
- Kinderarmut: warmes Mittagessen sollte Rechtsanspruch sein
- Hartz IV: mehr fördern, Reformen dringend notwendig, Regelsätze, Mobilitätskosten, Schonvermögen
- Zumutbarkeit gefährdet Qualifikationen
- 1 € Jobs leisten keinen nennenswerten Beitrag zur Integration in den Arbeitsmarkt
- Statt Kindergelderhöhung, Investitionen in Sachleistungen
- Gesundheitspolitik: Bürgerversicherung (s. Schweiz)
- Gute soziale Systeme: Wertschöpfung, Produktivität und sinnvolle Verteilung
- Neue Finanzarchitektur zwischen Bund, Land, Kommune notwendig
- „jede Regierung mit SPD besser als eine ohne SPD“
- „mit mehr Selbstbewusstsein und Stolz in die Wahlkämpfe gehen“
- „Sieg ist das Ziel“
- Eigene Positionen deutlich machen, Vertrauen zurückgewinnen, Menschen zur Wahl bringen

6. Aussprache

Keine Wortmeldungen

7. Anträge – Beratung und Beschlussfassung

- Antrag der Parteileitung: Redezeitbegrenzung auf 5 Minuten

Beschluss: 1-stimmig

- Antrag der Parteileitung: Ende des Parteitages spätestens um 22:00 Uhr

Beschluss: 1-stimmig

- Antrag der Parteileitung: Anträge, die bis 22:00 Uhr nicht behandelt werden konnten werden an den UBA überwiesen

Beschluss: Annahme bei 1 Gegenstimme

- Information der Parteileitung über Änderung des Ablaufs der Antragsberatung  
Reihenfolge: 1, 16, 13, 9+14 zusammen, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 15,  
Resolution

Mathias Herz: Resolution bitte vorziehen, damit sie auf jeden Fall behandelt wird.

Dirk Jehle: Da die Delegierten sich bemühen bis 21.00 h fertig zu sein, bleibt es bei der Beratungsabfolge.

- **ANTRAG 1**

- Mündliche Begründung des Antragstellers: H.-W. Schuster
- Der Ortsverein Unterbach legt einen Änderungsantrag vor (s.u.).
- Der Antragsteller hat diesen bereits erhalten und nimmt dazu Stellung.

**Änderungsantrag**

Der OV Unterbach beantragt, den Antrag 1 (Elemente für ein sozialdemokratisches Kommunalwahlprogramm für Düsseldorf) des Antragsbuches zum Parteitag vom 09.12.2008 wie folgt zu ändern und in der geänderten Fassung zu beschließen:

**1. Ziffer 1 in der ursprünglichen Fassung wird wie folgt abgeändert und ergänzt:****a. Zellen 13-15 werden neu gefasst:**

*Grundlage sozialdemokratischer Kommunalpolitik ist die wirtschaftliche Existenzsicherung der Bürgerinnen und Bürger durch die verstärkte Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Lohndumping. Voraussetzung hierfür ist die Schaffung und der Ausbau von Arbeitsplätzen mit einem existenzsichernden Lohnniveau durch eine kommunale Wirtschaftspolitik, die der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist, lenkende und flankierende Maßnahmen ergreift und dabei die berechtigten Interessen aller am Erwerbsleben beteiligter gesellschaftlicher Gruppen angemessen berücksichtigt. Die Düsseldorfer SPD setzt zur Erreichung dieser Ziele insbesondere auf folgende wirtschafts- und arbeitsplatzfördernde Maßnahmen:*

**b. Zeilen 17-19 werden als Unterpunkt (a) neu gefasst:**

*(a) eine mittelstandsfördernde und standortsichernde kommunale Wirtschaftspolitik durch*

- *Stärkung der mittelständischen Wirtschaft und Förderung von Existenzgründungen (z.B. durch Vergabe von Mikrodarlehen; Ausweisung bezahlbarer städtischer Gewerbeflächen; Ausbau der Infrastruktur, günstiger Steuersatz; finanzielle Anreize zur Schaffung von Arbeitsplätzen) unter gleichzeitiger Verpflichtung der Unternehmen zur Erfüllung sozialer Standards im Rahmen des rechtlich Möglichen (z.B. angemessene Löhne)*
- *gezielte Ansiedlung von zukunftsorientierten Schlüsselindustrien und technologischen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen (Ausbau Düsseldorfs als attraktiver Forschungs- und Wissenschaftsstandort)*
- *Erhalt des Hafens als Standort für Gewerbe, Handel und Dienstleistung*
- *Einrichtung eines kommunalen Ausbildungspakts mit der örtlichen Wirtschaft (Selbstverpflichtungen zur Gewährleistung einer 100%-Ausbildungsquote: „kein Jugendlicher ohne Lehrstelle“)*
- *Schaffung von familienfreundlichen Rahmenbedingungen, um Eltern und alleinerziehenden Eltern eine Vollzeitätigkeit zu ermöglichen und in Anerkennung des demographischen Wandels den Zuzug von jungen Familien nach Düsseldorf zu fördern (z.B. kostenlose Kitaplätze für alle, Ausbau der Ganztagsbetreuung von Kindern; bezahlbarer Wohnraum in attraktiven Lagen)*
- *Ausbau der und Investitionen in die Berufsbildungs- und Qualifizierungsangebote an kommunalen Bildungseinrichtungen zur besseren Integration von Arbeitslosen, schwer vermittelbaren Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund in Zusammenarbeit mit der örtlichen Wirtschaft*
- *Intensivierung der Vermittlungsbemühungen von Arbeits- und Ausbildungsplatzsuchenden durch Ausbau der Personalkapazitäten bei der ARGE und einem verstärkten Dialog mit der örtlichen Wirtschaft*

**c. Zeilen 22-26 werden gestrichen****2. Ziffer 3 in der ursprünglichen Fassung wird wie folgt abgeändert und ergänzt:**

a. In Zeile 42 wird das Wort „Rückführung“ gestrichen.

b. Zeilen 45-49 werden gestrichen.

c. Zeilen 1-3 (Seite 4) werden wie folgt neu gefasst:

*die Beendigung von Ausgliederungen und Fremdvergabe dort, wo eine Gewährleistung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge zum Wohle der Bevölkerung durch Privatunternehmen nicht oder nicht ausreichend unter Wahrung sozialer Belange sichergestellt werden kann und diese Aufgaben nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben kostengünstiger durch die Kommune selbst erfüllt werden können.*

d. Zellen 4-6 werden gestrichen.

Die Begründung erfolgt mündlich durch Oliver Klumparendt für den OV Unterbach

- Für den Antragsteller erklärt HW Schuster, dass der Antragsteller (AfA) die Spiegelstriche 3-7 zu den Zeilen 17-19 übernehmen will, die übrigen Punkte jedoch ablehnt.
- Der Sprecher der Antragsberatungskommission bittet den Antrag sowie den Änderungsantrag des OV Unterbach zu diskutieren.

Robert Kekez, OV Derendorf-Golzheim erläutert einen weiteren Änderungsantrag zu **Punkt 4:**

**Zeile 25-37** streichen und ersetzen durch: Umsetzung der im Parteitagsbeschluss vom 21. Juni 2008 „Düsseldorf - Modellstadt für eine nachhaltige Energiepolitik“ festgehaltenen Maßnahmen.

Redebeitrag Michael Müller:

Der Grenzwert von 420 g/kWh wird zukünftig immer weiter absinken.

Er plädiert für den Rückkauf der Anteile an den Stadtwerken durch die Kommune.

OB Erwin hat seinerzeit nur im Interesse der Fondgesellschaften gehandelt, nicht im Interesse von Bürgern und Kommune.

Er plädiert für die Beibehaltung der Beschlussinhalte vom 21. Juni 2008.

Oliver Klumparent, OV Unterbach:

Erläutert die Bedeutung des Änderungsantrags des OV Unterbach für die mittelständische Wirtschaft und appelliert an die Delegierten, diesem Antrag zuzustimmen, insbesondere die Änderungen/Ergänzungen zu Zeile 17-19.

Peter Knäpper, OV Düsseldorf-Nord:

Unterstützt die Position des OV Derendorf-Golzheim und schlägt die Streichung des **Punkt 4** vor. Er bittet um eine weitere Ergänzung unter **Punkt 8, Zeile 27:**

„der Belange des Umweltschutzes und des Anwohnerschutzes sowie der Zielsetzung der Schaffung weiterer Arbeitsplätze.“

Robert Kekez, OV Derendorf-Golzheim:

Beschluss zur Energiepolitik vom 21.06.08 ist ausreichend, deshalb Streichung **Punkt 4** des Antrags.

Beate Sieweke, OV Flingern (für Antragsteller AfA):  
Gegenrede zum Änderungsantrag des OV Unterbach

HW Schuster:

„Punkt 4 des AfA-Antrags soll nichts aus dem Parteitagsbeschluss aus Juni 2008 revidieren.“

Neu und wichtig: Forderung der Rekommunalisierung der Stadtwerke.

Oliver Klumparent:

Wirbt nochmals für den Antrag OV Unterbach. Mittelstandsfördernde Maßnahmen und keine Rekommunalisierung ohne Hinweis auf betriebswirtschaftliche Aspekte.

Karsten Kunert, OV Grafenberg-Gerresheim-Ludenberg:

Zum Änderungsantrag des OV Unterbach, der Textvorschlag Seite 2 c. sollte nicht übernommen werden, da bereits in §107 Gemeindeordnung.

Annette Steller:

Inhalte aus dem Antrag finden sich fast alle in Ratsanträgen wieder! (Kostenloses Mittagessen, Sozialticket).

**Punkt 1, Zeile 25:** Die Abschaffung von 1-Euro-Jobs ist keine Lösung, deshalb gibt es einen Antrag der SPD-Fraktion mit der Forderung nach mehr Geld für die Dezernate für ehemalige 1-Euro-Jobber.

**Zeile 36-38:** gegen Düsselpass für alle Rentner und Studierenden

Manfred Abels, Stadtbezirk 3:

Gegenrede zum Änderungsantrag des OV Unterbach

- Abstimmung: Bis auf die durch den Antragsteller übernommenen Änderungen/Ergänzungen wird der Änderungsantrag des OV Unterbach bei wenigen Gegenstimmen abgelehnt.
- Abstimmung: Dem Antrag von Annette Steller auf Streichung Punkt 2 (Düsselpass und Sozialticket), Zeile 36-40 wird mehrheitlich zugestimmt.
- Abstimmung: Der Streichung von Punkt 4 des Antrags wird bei wenigen Gegenstimmen zugestimmt.
- Ergänzung zum Punkt 8 (Flughafen), Zeile 27 wird vom Antragsteller übernommen.
- Abstimmung: Der Antrag wird mit den zuvor beschlossenen Änderungen bei einzelnen Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen.
- **ANTRAG NR. 16**
  - Empfehlung der Antragskommission: Annahme
  - Mündliche Begründung des Antragsteller: keine
  - Abstimmung: Einstimmige Annahme

▪ **ANTRAG NR. 13**

- Empfehlung der Antragskommission: Annahme
- Stellungnahme des Antragstellers: Dorothea Düsedau

**Zeile 16** ersetzen: „Männer“ durch „Menschen“

- Abstimmung: Annahme des Antrags in geänderter Fassung mit einigen Enthaltungen

▪ **ANTRAG 9+14**

- Empfehlung der Antragskommission: Annahme
- Stellungnahme des Antragstellers: keine
- Beschluss: bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen

▪ **ANTRAG 2**

- Empfehlung der Antragskommission: Annahme
- Stellungnahme des Antragstellers: keine

Frage von Marian Wysinski, OV Unterbilk/Hamm/Hafen:

Wer finanziert den CAP-Markt? Antrag aus seiner Sicht nicht entscheidungsreif.

Annette Steller:

Empfiehl Annahme

RENATEC z.B. bietet Arbeitsmöglichkeiten in speziellen Geschäften, dort werden noch Mitarbeiter gesucht

- Abstimmung: mehrheitliche Annahme bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen

▪ **ANTRAG 3**

- Empfehlung der Antragskommission: Annahme
- Stellungnahme des Antragstellers: keine

Markus Herbert Weske:

Antrag ist gut und richtig.

**Zeile 12:** „Hierzu wird die SPD Düsseldorf die Beschäftigungsquote ... erstellen“ ersetzen durch

„Die Stadt Düsseldorf soll die Beschäftigungsquote ... ermitteln“

- Beschluss: Annahme des Antrags in geänderter Fassung bei einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen

▪ **ANTRAG 4**

- Empfehlung der Antragskommission: Annahme

- Stellungnahme des Antragstellers: keine

Peter Hansen, OV Unterbilk/Hamm/Hafen:  
Hinweis auf die fehlende Logik der Begründung, was die Verhandlung über das Tarifgefüge betrifft, wenn keine Ausgliederung erfolgt.

Antragsteller HW Schuster, AfA:  
Erläuterung, weshalb der Antrag in zwei Teile aufgeteilt wurde und Bitte an den Parteitag, dem Antrag ohne Änderung zuzustimmen.

- Beschluss: Annahme bei 4 Gegenstimmen

#### ▪ ANTRAG 5

- Empfehlung der Antragskommission: Annahme
- Stellungnahme des Antragstellers: keine
- Antrag auf Streichung von Zeile 13-14.
- Abstimmung: Annahme in geänderter Fassung bei einer Enthaltung

#### ▪ ANTRAG 6

- Empfehlung der Antragskommission: Annahme
- Stellungnahme des Antragstellers: keine
- Abstimmung: Annahme bei einer Enthaltung und 2 Gegenstimmen

#### ▪ ANTRAG 7

- Empfehlung der Antragskommission: Annahme
- Stellungnahme des Antragstellers: Claudia Bednarski

Darstellung des Ergebnisses der Einigungsstelle und der weiterhin bestehenden Schwierigkeiten für viele ArbeitnehmerInnen. Der Antrag soll die Betriebsräte bei der Sicherung von Arbeitsplätzen unterstützen.

Dorothea Düsedau:  
Vorschlag, aus dem Antrag eine öffentliche Resolution an die Telekom AG zu machen, wobei die Begründung in die Resolution aufgenommen werden soll.

Antragsteller schließt sich diesem Vorschlag an.

- Beschluss: Antrags- und Begründungstext als **Resolution** an den Vorstand der Telekom-AG sowie die SPD-Landtags und SPD-Bundestags-Fraktion bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen

#### ▪ ANTRAG 8

- Empfehlung der Antragskommission: Annahme
- Stellungnahme des Antragstellers: keine



Martin Volkenrath: Wirbt um Zustimmung zu dem Antrag

Karin Kortmann:

Kann dem Antrag nicht zustimmen und erläutert, weshalb sie im BT für die Einführung der Rente ab 67 gestimmt hat. Karin wirbt für eine differenzierte Sicht und zeigt Alternativen auf, (branchenspezifische Lösungen, Forderung nach sog. „Schonarbeitsplätzen“ in den Unternehmen).

Beate Sieweke: Wirbt für den Antrag, da auch Alterteilstzeit wieder abgeschafft wurde.

Udo Figge: Spricht gegen den Antrag wegen der hohen Kosten für eine Rente ab 65.

Wilfried Geissendörfer: Spricht sich für die Rente ab 65 aus.

- Abstimmung: Mehrheitliche Annahme des Antrags (Auszählung der Stimmen durch die Zählkommission)

▪ **ANTRAG 10**

- Empfehlung der Antragskommission: Annahme
- Stellungnahme des Antragstellers: keine

Karsten Kunert: Kritik an Zeile 43-45

Tobias Kühnbacher: Streichen der Zeilen 42-45

Weitere Wortbeiträge von Marian Wysinski und Matthias Herz.

- Beschluss: Streichung der Zeilen 42-45 – Mehrheit dafür
- Abstimmung: Annahme des geänderten Antrags bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen

▪ **ANTRAG 11**

- Empfehlung der Antragskommission: Annahme
- Stellungnahme des Antragstellers: keine

Matthias Herz:

Bittet um Erläuterungen der Abkürzungen, um den Antrag verstehen zu können.

Antragsteller Peter Kreutler, AfA:

Verweist auf die auf dem Hamburger Parteitag gefassten Beschlüsse. Bedeutung der Abkürzungen – soll nachgeliefert werden. Beispiel Großbritannien als Negativergebnis der Privatisierung der Eisenbahn.

- Abstimmung: Annahme des Antrags bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen

▪ **ANTRAG 12**

- Empfehlung der Antragskommission: Annahme
- Stellungnahme des Antragstellers: keine

Dorothea Düsedau:

**Zeile 10:** „zu entscheiden“ ersetzen durch „sich dafür einzusetzen“

Antragsteller HW Schuster: Aufruf zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit dem Thema. Bitte, dem Antrag so zuzustimmen.

Walburga Benninghaus: Unterstützung des Antrags mit Hinweis auf 7.000 Arbeitsplätze.

Antragsteller übernimmt Änderungsvorschlag von Dorothea Düsedau.

- Abstimmung: Annahme des Antrags in geänderter Fassung

▪ **ANTRAG 15**

- Empfehlung der Antragskommission: Annahme
- Stellungnahme des Antragstellers: keine
- Abstimmung: Annahme bei wenigen Enthaltungen

▪ **RESOLUTION: FÜR EIN SOZIALES EUROPA**

- Begründung durch Petra Kammerevert

Vladimir Ziska:

Appell, Wahlkampf zu machen, obwohl Petra sich auf einem sicheren Listenplatz befindet.

Hinweis auf einen Termin am

Mittwoch, den **17.12.08 um 18.30 h** im Parteihaus - Treffen der SPE, AK Europawahl

- Abstimmung: mit 1 Gegenstimme wird die Resolution beschlossen

Parteitagsleiter Dirk Jehle bedankt sich bei der Technik und für die Disziplin der Delegierten.

Der Parteitag wird um 21.20 Uhr geschlossen.

Protokoll

Claudia Bednarski

Harald Walter

Düsseldorf, 12.01.2009